

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Europäische Sicherheitsagenda: Neues Konzept für Interoperabilität der Informationssysteme](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Energieunion: Entwurf des Parlamentsberichts zur Energieeffizienz von Gebäuden](#) 3
- [Audiovisuelle Medien: Klare Regeln zum Schutz von Kindern](#) 3
- [Syrien: EU muss Bemühungen zur Friedenssicherung verstärken](#) 4

Rat der Europäischen Union

- [Schlussfolgerungen des Rates des Europäischen Wirtschaftsraums \(EWR-Rat\)](#) 5
- [Rat für Auswärtige Angelegenheiten: "Die EU ist nach wie vor entschlossen, Sicherheit und Verteidigung zu stärken"](#) 5
- [Verhandlungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs können beginnen](#) 6
- [Valletta: Informelle Tagung der Landwirtschaftsminister](#) 6
- [Brüssel: Ratstreffen der Minister für Wirtschaft und Finanzen](#) 6

Europäische Kommission

- [Kommission weitet Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung aus](#) 7
- [Erfolg der EU-Umweltdiplomatie: Internationales Abkommen zum Schutz vor Quecksilber](#) 7
- [Neue Europäische Nachbarschaftspolitik: Förderung von Stabilisierung, Resilienz und Sicherheit](#) 8

Sonstiges

- [LIFE – Aufruf 2017 für Klima- und Umweltschutzprojekte gestartet](#) 9
- [Digitales: Aufruf für den European Broadband Award 2017](#) 9
- [EU-Tierschutzplattform ins Leben gerufen](#) 10
- [Deutsche Pkw-Maut: Österreich bereitet Klage beim EuGH vor](#) 10

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 11

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 12

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 13

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 13

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Europäische Sicherheitsagenda: Neues Konzept für Interoperabilität der Informationssysteme

Die Europäische Kommission stellte vergangene Woche den siebten Fortschrittsbericht auf dem Weg zu einer wirksamen und nachhaltigen Sicherheitsunion und damit auch ihr neues Sicherheitskonzept vor.



Der Bericht enthält Informationen zu den Fortschritten bei wichtigen Dossiers und beschäftigt sich vor allem mit den laufenden Maßnahmen zur Verbesserung des Informationsmanagements beim Grenzschutz und bei der Sicherheit. Mit dem neuen Konzept soll bis 2020 die Interoperabilität der EU-Informationssysteme in den Bereichen Sicherheit, Grenzschutz und Migrationsmanagement sichergestellt

werden. Es werden in dem Bericht auch Maßnahmen umrissen, mit denen die Kommission die Überarbeitung der EU-Cybersicherheitsstrategie von 2013 beschleunigen will, um einen effizienten Rahmen zur Bekämpfung der Cyberkriminalität zu schaffen.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Energieunion: Entwurf des Parlamentsberichts zur Energieeffizienz von Gebäuden

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments veröffentlichte den Berichtsentwurf zum Änderungsvorschlag zur Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden.

Der Berichterstatter schlägt im Wesentlichen Verschärfungen vor und möchte im Gegensatz zur Kommission weitergehende Vorgaben bei der Erarbeitung der langfristigen Renovierungsstrategien einführen. Neu sind u.a. die Forderungen nach besonderen Strategien und Maßnahmen für alle öffentlichen Gebäude, einschließlich des sozialen Wohnbaus, zur Verringerung der

Energiearmut sowie formelle Zwischenziele auch für 2040. Der Berichtsentwurf konkretisiert des Weiteren die Idee des Intelligenzindikators erheblich. Die Mitgliedstaaten sollen zudem darlegen müssen, wie ihre Maßnahmen zum Erreichen der EU-Ziele für Energieeffizienz und Treibhausgasreduktion beitragen.

[Mehr Informationen](#)

Audiovisuelle Medien: Klare Regeln zum Schutz von Kindern

Das Parlament hat dem Kulturausschuss ein Mandat gegeben, Gespräche mit dem Rat über eine neue Richtlinie zu audiovisuellen Medien zu beginnen, welche Online-Plattformen umfassen soll.

Das Mandat bezieht sich auf die Änderungsanträge, denen der Kulturausschuss bereits vorher schon zugestimmt hat und die den Schutz von Kindern vor Gewalt und Hass im Fernsehen und auf Online-Plattformen vorsehen. Gleichzeitig schlagen sie neue Regeln für Werbung und eine Quote für europäische Werke auf Video-Sharing-Plattformen vor. Solche Plattformen werden verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wenn BenutzerInnen Inhalte melden, die Gewalt oder Hass hervorrufen. Dies zu melden muss den BenutzerInnen außerdem von den Betreibern einfach möglich gemacht werden. Die Abgeordneten haben außerdem neue Regeln zur Werbung definiert, mit einer

Höchstquote von 20 % pro Tag und strengeren Vorschriften zu den Inhalten, sowie zur Produktplatzierung, zum Sponsoring und zum Teleshopping in Kinderprogrammen. Rundfunkbetreiber und Video-Sharing-Plattformen haben die Möglichkeit, sich selbst zu koordinieren, bevor ihnen die Behörden der Mitgliedstaaten spezifische Regeln auferlegen. Die Förderung audiovisueller Werke ist eine Priorität des Parlaments. Video-Sharing-Plattformen müssen mindestens 30 % europäische Produktionen anbieten, mit dem Ziel die europäische Vielfalt zu reflektieren und zu fördern.



Syrien: EU muss Bemühungen zur Friedenssicherung verstärken

In einer am Donnerstag verabschiedeten Entschließung haben die Abgeordneten die Strategie der EU für Syrien befürwortet und sich für ein vereintes und unabhängiges Land ausgesprochen.

Sie sind überzeugt, dass nur ein politischer Prozess, der von Syrien selbst angeführt, von den Vereinten Nationen überwacht und auf der Grundlage einer neuen Verfassung in die Wege geleitet wird, der Weg zu freien und fairen Wahlen sei. Es sei zudem der einzige Weg, einen Krieg wie diesen zu beenden. Die EU muss sich - als größter Geber - aktiver im Friedensprozess in Syrien engagieren, nämlich den politischen Übergang erleichtern und dafür sorgen, dass die Parteien sich näher kommen, fordern die Abgeordneten. Weiterhin sollte die Union die syrische Bevölkerung unterstützen und den Wiederaufbau vorbereiten, sagen sie weiter. Sie erinnern auch daran, dass es von

entscheidender Bedeutung sei, dass frühzeitig vertrauensbildende Maßnahmen ergriffen werden, darunter ein umfassender, ungehinderter humanitärer Zugang in ganz Syrien, das Ende aller Belagerungen von Städten und die Freilassung von Häftlingen und Geiseln. Das Parlament verurteilt auf das Schärfste die Gräueltaten und Verstöße gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht durch alle Parteien im Konflikt. Sie drängen auf die Einrichtung eines syrischen Kriegsverbrechertribunals - vorbehaltlich einer erfolgreichen Befassung des Internationalen Strafgerichtshofs.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Schlussfolgerungen des Rates des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR-Rat)

Der Rat des Europäischen Wirtschaftsraums hat vergangene Woche Schlussfolgerungen angenommen, in denen das allgemeine Funktionieren des EWR-Abkommens und die Zusammenarbeit zwischen der EU und den EWR-EFTA-Staaten (Island, Liechtenstein und Norwegen) bewertet werden.

Insbesondere prüfte er die Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten im Rahmen des EWR-Abkommens. Der EWR-Rat erkannte an, dass die enge Partnerschaft zwischen der EU und den EWR-EFTA-Staaten die beste Garantie für langfristigen gemeinsamen Wohlstand und Stabilität darstelle. Er würdigte zudem den wichtigen Beitrag, den das EWR-Abkommen seit über 20 Jahren zur Förderung der wirtschaftlichen Integration zwischen der EU und den EWR-EFTA-Staaten leiste. Der EWR-Rat erkannte des Weiteren an, dass die EWR-EFTA-Staaten einen positiven Beitrag zum

Beschlussfassungsprozess in Bezug auf EU-Rechtsvorschriften und Programme mit Bedeutung für den EWR leisten, indem sie sich an den zuständigen Ausschüssen, Expertengruppen, Studien und Agenturen beteiligen und Stellungnahmen unterbreiten. Ferner führte der EWR-Rat eine Aussprache über die gemeinsame Erfüllung des Übereinkommens von Paris und der dazugehörigen Ziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030.

[Mehr Informationen](#)

Rat für Auswärtige Angelegenheiten: "Die EU ist nach wie vor entschlossen, Sicherheit und Verteidigung zu stärken"

Der Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Verteidigung) hat am 18. Mai 2017 Schlussfolgerungen zu Sicherheit und Verteidigung im Kontext der Globalen Strategie der EU verabschiedet.

Darin nahm er die Fortschritte bei der Verstärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit und Verteidigung zur Kenntnis und macht Vorgaben für das weitere Vorgehen. „Heute haben wir unsere gemeinsame Entschlossenheit betont, unsere Arbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung als Europäische Union zu intensivieren. Dies wird unsere Fähigkeit, weltweit als Bereitsteller von Sicherheit aufzutreten, und unsere globale strategische Rolle stärken, was unsere Partner in der Welt und unsere Bürger auch von uns erwarten. Zudem werden wir besser in der Lage sein, autonom – wann immer und wo immer dies notwendig ist – bzw. wenn möglich mit Partnern zu handeln“, so Federica Mogherini, Hohe Vertreterin für

Außen- und Sicherheitspolitik. Der Rat beriet außerdem in Anwesenheit von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg über die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO. Die Verteidigungsminister zogen eine Bilanz der Zusammenarbeit, insbesondere der Bereiche, die in der gemeinsamen Erklärung des Präsidenten des Europäischen Rates, des Präsidenten der Europäischen Kommission und des Generalsekretärs der NATO festgelegt worden waren. Sie begrüßten die Fortschritte, insbesondere bei der Abwehr hybrider Bedrohungen sowie dem Informationsaustausch, der strategischen Kommunikation und der Zusammenarbeit in maritimen Angelegenheiten.

[Mehr Informationen](#)



Verhandlungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs können beginnen

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten der Europäischen Union im EU-27-Format hat am 22. Mai 2017 die Europäische Kommission offiziell beauftragt, als Verhandlungsführerin der Europäischen Union die Brexit-Verhandlungen nach Artikel 50 mit dem Vereinigten Königreich zu beginnen.

Die EU-Kommission begrüßt diese Entscheidung. Es wurden dabei auch Verhandlungsrichtlinien für die Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich angenommen. Diese Richtlinien sind für die erste Phase der Verhandlungen bestimmt, daher wurden vor allem Themen behandelt, die für einen geordneten Austritt Großbritanniens als essentiell erachtet

werden. Dazu zählen insbesondere die Rechte der BürgerInnen, die Finanzregelung und die Situation Irlands. EU-Verhandlungsführer Michel Barnier sagte: "Wir sind bereit, uns an den Verhandlungstisch zu setzen. Unser Ziel ist es, in den Punkten, die der Rat heute vorgebracht hat, zeitnah eine Einigung zu erzielen."

[Mehr Information](#)

Valletta: Informelle Tagung der Landwirtschaftsminister

Vom 21.-23. Mai 2017 hielten die Landwirtschaftsminister eine informelle Tagung in Malta ab.

Das informelle Treffen der Landwirtschaftsminister hatte die Ressource Wasser zum Thema. Wichtige Aspekte dabei waren Bewässerungsmethoden in der Landwirtschaft, um Wasser zu sparen, die Erhaltung der Qualität des Wassers sowie Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserressourcen. Die Agrarminister hatten die Gelegenheit, ihre politischen Ansichten zu den EU-Schwerpunkten in diesen Bereichen

darzulegen, wobei den Themen Forschung, Innovation und Wissensaustausch eine stärkere Rolle zufiel. Malta, welches den Ratsvorsitz aktuell innehat, zeigte durch diese Themenwahl sein Engagement, die EU-Agenda zu diesem Bereich, welcher in unserem sozioökonomischen Kontext immer mehr an Bedeutung gewinnt, voranzutreiben.

[Mehr Informationen](#)

Brüssel: Ratstreffen der Minister für Wirtschaft und Finanzen

Am 23. Mai 2017 tagte der Rat für Wirtschaft und Finanzen in Brüssel.

Die Minister diskutierten im Bereich Steuern Mechanismen für die Beilegung von Streitigkeiten. Weiters wurden sie über den Stand der technischen Untersuchung zur Einführung einer gemeinsamen Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage in der EU informiert. Der Rat nahm außerdem im Zusammenhang mit dem Europäischen

Semester 2017 Schlussfolgerungen zu den Untersuchungen der makroökonomischen Ungleichgewichte in den Mitgliedsstaaten an. Die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen für 2016 wurden ebenfalls überprüft.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Kommission weitet Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung aus

Die Kommission hat den Anwendungsbereich der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung ausgeweitet.

Die neuen Beihilfenvorschriften ermöglichen, dass bestimmte öffentliche Fördermaßnahmen für Häfen, Flughäfen, Kultur und Gebiete in äußerster Randlage der EU nicht mehr vorab von der Kommission geprüft werden müssen. Dies soll öffentliche Investitionen erleichtern, Arbeitsplätze schaffen und Wachstum fördern, ohne den Wettbewerb zu beeinträchtigen. Ergänzend wird in der Bekanntmachung der Begriff der staatlichen Beihilfe präzisiert. Gewisse

staatliche Unterstützungsmaßnahmen sollen nicht mehr unter die EU-Beihilfenkontrolle fallen, weil sie den Wettbewerb im Binnenmarkt nicht verfälschen. So wird z. B. bestätigt, dass öffentliche Investitionen in Straßen, Binnenwasserstraßen, Eisenbahninfrastruktur und Wasserversorgungsnetze in der Regel ohne vorherige Prüfung durch die Kommission durchgeführt werden können.

[Mehr Information](#)

Erfolg der EU-Umweltdiplomatie: Internationales Abkommen zum Schutz vor Quecksilber

Die Europäische Union hat am 19. Mai 2017 am Sitz der Vereinten Nationen in New York das Inkrafttreten des weltweiten Übereinkommens von Minamata zur Verringerung der Belastung von Quecksilber bewirkt.

Umweltkommissar Karmenu Vella sagte: „Der neue weltweite Vertrag über Quecksilber wird dazu beitragen, Millionen von Menschen weltweit vor der Belastung durch dieses giftige Schwermetall zu schützen. Mit der Ratifizierung hat die EU den entscheidenden Beitrag für sein Inkrafttreten geleistet. Dies ist

ein großer Erfolg der Umweltdiplomatie der EU. Die Ratifizierung unterstreicht das Engagement Europas für ein entschiedenes und abgestimmtes Handeln auf internationaler Ebene.“

[Mehr Information](#)



Neue Europäische Nachbarschaftspolitik: Förderung von Stabilisierung, Resilienz und Sicherheit

Als Reaktion auf turbulente politische Entwicklungen in ihrer Nachbarschaft hat die Europäische Union 2015 ihre Nachbarschaftspolitik neu ausgerichtet und den Fokus auf Stabilisierung, Widerstandsfähigkeit, Sicherheit und Aussöhnung gelegt.

In einem am 18. Mai 2017 vorgestellten Bericht zieht die EU-Kommission eine erste Bilanz des neuen Ansatzes und verdeutlicht die Ergebnisse des neuen Konzepts, das auf Differenzierung, gemeinsamer Verantwortung und Flexibilität beruht. Unter anderem stehen die Flüchtlingskrise und die irreguläre Migration ganz oben auf der Agenda der Union. Der umfassende Ansatz der EU beinhaltet, sich mit den Ursachen der Migration auseinander zu setzen, um die irregulären Migrationsströme einzudämmen, eine geordnete Migration und Mobilität zu fördern und die Grenzen effektiv zu schützen, wobei das Recht der EU-BürgerInnen auf

Reisefreiheit innerhalb der EU gewahrt bleiben muss. „Die Europäische Union hat viel in die wirtschaftliche Entwicklung, die Aussöhnung, die Sicherheit, die Demokratie und die Rechtstaatlichkeit bei unseren östlichen und südlichen Nachbarn investiert“, sagte Federica Mogherini, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, heute in Brüssel. Mit jedem Land sei in Partnerschaft ein maßgeschneiderter Ansatz entwickelt worden, der die Bedürfnisse und Interessen der Menschen in der EU und den Nachbarländern adressiert.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

LIFE – Aufruf 2017 für Klima- und Umweltschutzprojekte gestartet

Im Rahmen des europäischen Aktionsprogramms für Umwelt, LIFE, wurde am 28. April 2017 der diesjährige Aufruf gestartet.

Gesucht werden Umwelt- und Klimaaktionsprojekte, die traditionell, integriert oder technisch unterstützend zur Lösung von Umweltfragen beitragen. Insgesamt 373 Mio. € stehen 2017 für eine 60-%ige Kofinanzierung der Projekte bereit. Die zwei Subprogramme – Umwelt und Klimaaktionen – unterteilen sich in verschiedene Prioritäten und Projekttypen. Die Bewerbungsfristen der meisten

Projekttypen enden im September. Vorrangig gefördert werden Pilotprojekte, Best-Practice- und Demonstrationsprojekte sowie Informations- und Vermittlungsprojekte. Antragsberechtigt sind öffentliche Einrichtungen, private kommerzielle oder private gemeinnützige Organisationen einschließlich NGOs.

[Mehr Informationen](#)

Digitales: Aufruf für den European Broadband Award 2017

Bis zum 7. September 2017 können Projekte für den European Broadband Award per E-Mail eingereicht werden.

Für die Einreichung sollte das angebotene Bewerbungsformular genutzt werden. Teilnahmeberechtigt sind alle Projekte im Bereich der Breitband-Internetversorgung, unabhängig von Ort, Technologie, Größe oder Trägerschaft. Die Bewertung erfolgt in mehreren Kategorien, wie u.a. „Innovative Finanzierungs-, Geschäfts- und Investitionsmodelle“ oder „Territoriale Anbindung in ländlichen oder entlegenen

Gebieten“. Der European Broadband Award wird am 20. November 2017 in Brüssel in insgesamt fünf Kategorien verliehen. Die Projekte der Finalisten werden jedes Jahr als nachahmenswerte Beispiele für zukünftige Investoren und Projektorganisatoren in eine Datenbank der Kommission aufgenommen und medial verbreitet.

Mehr [Informationen](#)



EU-Tierschutzplattform ins Leben gerufen

Die neue Informationsplattform für den Dialog zum Tierwohl wird am 6. Juni 2017 zum ersten Mal in Brüssel tagen.

Die Plattform wurde im Januar 2017 beschlossen und bringt Organisationen aus dem privaten und öffentlichen Sektor, Experten und Expertinnen und Nichtregierungsorganisationen zusammen. Ihr Ziel ist es, über Erfahrungsaustausch und Dialog den Tierschutz in Europa zu verbessern. Aus den Organisationen, die sich um Mitwirkung an der Plattform beworben hatten, hat die Europäische Kommission 40

Mitglieder aus Forschung, Nichtregierungsorganisationen und Industrie ausgewählt, die restlichen der insgesamt 75 Mitglieder wurden von den Behörden der teilnehmenden Staaten nominiert. Die Organisationen wurden basierend auf ihrer Erfahrung im Bereich des Tierschutzes ausgewählt.

[Mehr Informationen](#)

Deutsche Pkw-Maut: Österreich bereitet Klage beim EuGH vor

Österreich bereitet eine Klage gegen die deutsche PKW-Maut vor dem EuGH vor.

Das gab Verkehrsminister Jörg Leichtfried bekannt, nachdem die Kommission ihr Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland niedergelegt hat. In einem ersten Schritt muss Österreich nun die Kommission erneut mit dem Thema befassen. In einem bis zu dreimonatigen Verfahren

werden in Folge Stellungnahmen von Deutschland und Österreich eingeholt und gesichtet. Wird die Kommission im Anschluss nicht selbst erneut aktiv, ist der Weg für eine österreichische Klage frei.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zu einer möglichen EU-Initiative zu den Fahrgastrechten im multimodalen Verkehr](#)

Verkehr
23 Februar 2017 - 25 Mai 2017

[Öffentliche Konsultation zum „Schutz von Hinweisgebern \(Whistleblower\)“](#)

Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Beschäftigung und Soziales, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unternehmen und Industrie, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung, Lebensmittelsicherheit, Zoll, Steuern
3 März 2017 - 29 Mai 2017

[Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer](#)

Steuern
2 März 2017 - 31 Mai 2017

[EU-Initiative zu Beschränkungen für Barzahlungen](#)

Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Binnenmarkt, Grenzen und Sicherheit, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Steuern
28 Februar 2017 - 31 Mai 2017

[Öffentliche Konsultation zu Erasmus und Vorgängerprogrammen](#)

Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend
28 Februar 2017 - 31 Mai 2017

[Offene öffentliche Konsultation zur REFIT-Bewertung der EU-Rechtsvorschriften über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben für Lebensmittel](#)

Lebensmittelsicherheit, Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Handel, Forschung und Innovation
2 März 2017 - 1 Juni 2017

[Öffentliche Konsultation – Bewertung des Europäischen Zollinventars chemischer Substanzen \(ECICS\)](#)

Zoll
14 März 2017 - 6 Juni 2017

[Öffentliche Konsultation zur Halbzeitüberprüfung des Allgemeinen Präferenzsystems der EU \(APS\)](#)

Handel
17 März 2017 - 9 Juni 2017

[Public consultation on FinTech: a more competitive and innovative European financial sector](#)

Finanzdienstleistungen, Bank- und Finanzwesen
23 März 2017 - 15 Juni 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Energie			
Reduzierung der Treibhausgasemission, Elektrizitätsnetzwerke, Gasnetzwerke, Heizungsnetzwerke, Solarenergie, Windenergie	COMPETITIVE LOW-CARBON ENERGY*	14/02/2017 - 07/09/2017	€ 420.000.000
Energieverbrauch, ICT-Based Solutions	ENGAGING PRIVATE CONSUMERS TOWARDS SUSTAINABLE ENERGY	07/06/2017	€ 105.000.000
Ecodesign, erneuerbare Energie, Öffentlicher Sektor, Energieeffizienz, Mobilität, Energiewende	ENGAGING AND ACTIVATING PUBLIC AUTHORITIES	07/06/2017	€ 7.000.000
Ökologische Nachhaltigkeit, REACH, Ecodesign, innovative Businessmodelle	OVERCOMING MARKET BARRIERS AND PROMOTING DEEP RENOVATION OF BUILDINGS	07/06/2017	€ 8.000.000
Training, Energieeinsparung, Energieeffizienz, Erneuerbare Energie	CONSTRUCTION SKILLS	07/06/2017	€ 8.000.000
Energieeffizienz, Finanzierungsinstrumente, nachhaltige Energie	MAKING THE ENERGY EFFICIENCY MARKET INVESTIBLE	07/06/2017	€ 8.000.000
Nachhaltige Energie, Energieeffizienz, innovative Technologien	PROJECT DEVELOPMENT ASSISTANCE	07/06/2017	€ 8.000.000
Eco-design, Energieeffizienz, Labelling	EFFECTIVE IMPLEMENTATION OF EU PRODUCT EFFICIENCY LEGISLATION	07/06/2017	€ 11.000.000
Energieeinsparung, Wohnungssektor, Emission, nachhaltige Unternehmen	IMPROVING THE PERFORMANCE OF INEFFICIENT DISTRICT HEATING NETWORK	07/06/2017	€ 4.000.000
Energieeffizienz	INCREASING CAPACITIES FOR ACTUAL IMPLEMENTATION OF ENERGY EFFICIENCY MEASURES IN INDUSTRY AND SERVICES	07/06/2017	€ 11.000.000
Energieeinsparung, Energieeffizienz, Erneuerbare Energie, Zusammenarbeit, Unternehmen	ENERGY EFFICIENCY OF INDUSTRIAL PARKS THROUGH ENERGY COOPERATION AND MUTUALISED ENERGY SERVICES	07/06/2017	€ 11.000.000
Öffentliches Auftragswesen, Energieeffizienz	PUBLIC PROCUREMENT OF INNOVATIVE SOLUTIONS FOR ENERGY EFFICIENCY	07/06/2017	€ 4.000.000
Finanzierungssysteme, Energieeffizienz, Crowd-Funding, Renovierungen	INNOVATIVE FINANCING SCHEMES	07/06/2017	€ 8.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Katharina Deutschmann

Abbildungsverzeichnis

https://ec.europa.eu/commission/news/college-progress-reports-security-relocation-and-resettlement_de